

Rede von Florian Graf in der 40. Sitzung der 17. Wahlperiode am 12. Dezember 2013 im Rahmen der Generaldebatte zum Doppelhaushalt 2014/2015 (Auszug aus dem Plenarprotokoll)

Florian Graf (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst den Kolleginnen und Kollegen des Hauptausschusses aller Fraktionen danken. Aus eigener Anschauung weiß ich: Das waren intensive Wochen und Monate der Beratung. Es war viel Leidenschaft, viel Herzblut in allen Fraktionen dabei. Dafür herzlichen Dank an Sie alle!

[Allgemeiner Beifall]

Frau Kollegin Pop! Wenn das alles ist, was die größte Oppositionsfraktion im Rahmen einer Generalaussprache an der Regierungspolitik zu kritisieren hat, dann müssen wir eine verdammt gute Performance gehabt haben.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Der Haushaltsbeschluss ist das Königsrecht des Parlaments, und dieses Recht nehmen die Koalitionsfraktionen kraftvoll und entschlossen wahr. Eine Stadt wie Berlin braucht Entwicklung.

[Benedikt Lux (GRÜNE): 0,8 Prozent!]

Mit dem heutigen Haushalt werden wir den Bedürfnissen einer wachsenden Metropole gerecht. Unsere Philosophie des Haushalts lautet: Wir sparen und investieren. Wir setzen auf eine nachhaltige und zukunftsorientierte Politik. Dafür stehen SPD und CDU in dieser Stadt!

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Und diese Koalition ist absolut stabil. Der Regierende Bürgermeister Wowereit und sein Bürgermeister Frank Henkel repräsentieren den Senat ausgezeichnet, und die Koalitionsfraktionen sorgen für die Stabilität, die für eine erfolgreiche Koalition notwendig ist. Das werden wir heute zeigen, das haben wir in den vergangenen Monaten gezeigt, und das werden wir auch in Zukunft zeigen.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Aber es ist nun auch einmal so, dass die Beratungen zum Haushalt gezeigt haben, dass die Opposition ein klägliches Bild in dieser Stadt abgibt.

[Zurufe von den GRÜNEN: Oh!]

Die Grünen gefallen sich besonders gut darin, innerhalb der Opposition die Richtung vorgeben zu wollen, und anschließend erst einmal untereinander klären zu müssen, wie eigentlich die Richtung ist. Was haben wir Anfang der Woche in der Zeitung gelesen? – 29 Abgeordnete, 39 Meinungen, so stand es in der Zeitung.

[Beifall und Heiterkeit bei der CDU und der SPD]

Vielleicht hat sie auch deshalb die Linkspartei in den Umfragen überholt. Sie hat zwar eine feste Position in der Fundamentalopposition, aber es ist Opposition, die sie macht!

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Und die Piraten liegen nicht mal mehr auf der Lauer, die Regierung abzulösen. Sie sind einfach abgetaucht, in den Umfragen sogar abgestürzt.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Diese Opposition hat nun wahrlich nicht das Format, zu dieser Koalition eine Alternative darzustellen – nicht inhaltlich –, und Sie glauben nicht einmal selbst, dass Sie personell diesem Führungstern Wowereit/Henkel das Wasser reichen können!

[Beifall bei der CDU und der SPD – Uwe Doering (LINKE): Aber logo!]

Die Koalition setzt mit dem heutigen Beschluss ein wichtiges Signal. Berlin soll ab 2014 ohne neue Schulden

auskommen. Das ist keine Symbolpolitik, sondern das ist ein mutiges und starkes Signal!

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD – Alexander Spies (PIRATEN): Ein Sparhaushalt ist das!]

– Ja, Herr Kollege Spies! So ist es! Seit diese Koalition regiert, haben wir keinen Euro an neuen Schulden aufgenommen. Wir haben im letzten Jahr 350 Millionen Euro getilgt. Wir werden den Jahresausschuss von rund 400 Millionen Euro zum Schuldenabbau verwenden, und wir werden in diese Richtung auch in den nächsten Jahren weitergehen. Und ich muss mich schon sehr wundern, dass diejenigen, die zu Recht in der Vergangenheit die zu hohen Schulden kritisiert haben, heute zu denen gehören, die anfangen zu kritisieren, wenn wir diesen Schuldenberg langsam abtragen.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Frau Kollegin Pop! Das ist eine Pirouette der besonderen Art! Und wenn Sie „Schattenhaushalt“ sagen, dann will ich doch mal Ihr Stichwort BVG aufgreifen. Ich glaube zwar nicht, dass der sehr unternehmererfahrene Herr Nußbaum Nachhilfeunterricht in Unternehmensführung notwendig hat. Ich glaube, er verfügt über mehr Erfahrung als Ihre ganze Fraktion zusammen,

[Heiterkeit und vereinzelter Beifall bei der CDU und der SPD]

aber wenn Sie sagen, die Verschuldung steigt bei der BVG, dann muss ich mich auch mal mit Ihrem Parteitagbeschluss auseinandersetzen, nach dem Sie die BVG fahrscheinlos machen, ihr die Einnahmen von rund einer Milliarde Euro entziehen wollen. Wenn das der Maßstab Ihrer wirtschaftlichen Führung eines Unternehmens wie der BVG ist, dann ist im wahrsten Sinne der Zug hier abgefahren.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Nein, an keiner anderen Stelle verläuft zwischen Koalition und Opposition die Trennlinie so scharf wie beim Schuldenabbau. Ich sage: SPD und CDU werden diesen Weg weitergehen. Es ist unsere Grundüberzeugung, dass es unsere Aufgabe ist, auf diese Weise die Handlungsspielräume der nachfolgenden Generationen zu sichern.

[Ramona Pop (GRÜNE): 6 Milliarden Euro Bürgschaft!]

Da, wo sich Spielräume ergeben, setzen wir klare Prioritäten: im Bereich der Bildung, beim Ausbau der Infrastruktur, bei der Festigung der inneren Sicherheit. Ja, die Stärkung der Wirtschaft und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, das sind unbestritten die wichtigsten Ziele unserer Koalition. Und ich freue mich sehr, dass wir hier auch ganz konkrete Erfolge haben.

Erstens: Die Wirtschaftsleistung steigt. Berlin liegt zusammen mit Hamburg an der Spitze beim Wachstum. Und dass wir für das nächste Jahr die Prognose haben, dass wir mit 1,8 Prozent über dem Bund liegen, das ist eine Prognose, mit der wir sehr gern ins neue Jahr gehen.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Zweitens: Die Zahl der Arbeitslosen sinkt. Die Zahl der Arbeitslosen ist mit unter 200 000 so niedrig wie seit 20 Jahren nicht mehr. Das ist nun wirklich eine gute, eine starke Botschaft für die Koalition. Natürlich haben wir das der guten Wirtschaftslage und auch der erfolgreichen Bundesregierung unter Angela Merkel zu verdanken. Das ist doch gar keine Frage!

[Beifall bei der CDU]

Keine Sorge, liebe Freunde von der SPD! Ab nächste Woche dürft ihr mitklatschen.

[Heiterkeit bei der SPD – Beifall bei der CDU]

Nur Mut, keine Angst vor Mutti – sage ich mal!

[Heiterkeit bei der CDU]

Aber es ist natürlich auch das Ergebnis der eigenen Anstrengungen, die vielen Neugründungen etwa, die viele Arbeitsplätze schaffen. Berlin ist die Hauptstadt der Existenzgründer. An keiner anderen Stelle in Deutschland werden so viele Startups gegründet wie hier mit zwei pro Tag. Wir haben mit Cornelia Yzer eine engagierte, eine umtriebige Wirtschaftsministerin,

[Zurufe von den GRÜNEN und der LINKEN]

die sich genau auf die Fahnen geschrieben hat, diesen Gründerboom zu fördern. Sie sorgt für ein innovations- und gründerfreundliches Klima, und sie trägt dazu bei, dass der Wirtschaftsstandort auch für die bestehenden Unternehmen attraktiv bleibt.

[Beifall bei der CDU]

Na klar: Berlin ist weiterhin attraktiv für Touristen – in diesem Jahr 26 Millionen Übernachtungen, so viele wie noch niemals zuvor. Im internationalen Vergleich ist London und Paris unsere Liga. Berlin liegt auf Platz drei. Wir haben Städte wie Barcelona und Rom abgehängt. Und Berlin erfährt auch als internationale Sportmetropole, als Ausrichter verschiedener Großveranstaltungen enormen Zuspruch: Die Champions League kommt 2015, die Handball-WM der Damen und Herren, das Deutsche Turnfest, die Leichtathletik-WM. – Herr Sportsenator Henke! Wir drücken Ihnen die Daumen, dass Berlin bei den anstehenden Bewerbungen auch weiterhin so erfolg-reich sein wird.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Besonders attraktiv ist Berlin international und national allerdings für die Menschen, die zum Studium in die Stadt kommen. Mit seinen Universitäten, mit den Instituten ist Berlin die forschungstärkste Region in Deutschland, und das ist von essentieller Bedeutung für den Wirtschaftsstandort. Genau deshalb stärken wir die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft. Gerade für den Südwesten unserer Stadt, wo so viele Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sind, ist es ein wichtiger Impuls, dass wir das ehemalige US-Hospital an der Fabeckstraße zum Technologie- und Gründerzentrum umwandeln.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Wir geben den Hochschulen durch die Verlängerung der Hochschulverträge eine verlässliche Perspektive. Wir garantieren mit zusätzlichen Mitteln die Arbeit der Einstein-Stiftung. Wir unterstreichen damit den Anspruch, Wissenschaft und Forschung auf Spitzenniveau international zu fördern und Berlin dauerhaft als attraktiven Standort zu etablieren.

Ja, Frau Pop! Wir wollen, dass die Exzellenzinitiative über 2017 hinaus fortgeführt wird. Solche leistungsfähigen Universitäten sind ein Garant für die Attraktivität von Berlin. Ich habe mich sehr gefreut, dass im Koalitionsvertrag von SPD und CDU auf Bundesebene hierzu ein klares Bekenntnis formuliert ist. Das wird Berlin helfen!

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Die Charité ist und bleibt ein wichtiger Leuchtturm, was die Forschungs-, was die Wissenschaftspolitik betrifft. Ja, wir müssen mehr Mittel für die Sanierung des Bettenhochhauses aufbringen. Ich sage aber auch – und möchte das betonen: Für meine Fraktion ist ganz entscheidend, dass alle vier Standorte erhalten bleiben und dass die Investitionen nicht gestreckt werden. Das ist wichtig für den Südwesten, das ist wichtig für die Mitte, das ist wichtig für ganz Berlin.

[Beifall bei der CDU]

Die Charité ist auch Symbol für die vielen Arbeitsplätze in der Gesundheitswirtschaft. Es ist genau richtig, dass Senatorin Yzer und Senator Czaja sich gemeinsam und ressortübergreifend dem Ausbau der Gesundheitswirtschaft widmen. Das ist einer der Wachstumsmotoren in dieser Stadt, und es ist richtig, diesen weiter anzutreiben.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Was die Investitionen betrifft, so ist es eine gute Botschaft, dass wir im Bereich der Krankenhausinvestitionen erstmals wieder mehr investieren können, dass ab 2015 die Investitionen von 60 Millionen Euro auf 77 Millionen Euro steigen.

Der Ausbau der Infrastruktur ist und bleibt natürlich die wichtigste Aufgabe der Koalition, Frau Pop. Die Planung und Entwicklung etwa des Zukunftsstandorts Tegel hat für uns absolute Priorität. Wir haben für das Gelände ein anerkanntes Nachnutzungskonzept. Wir untermauern als Koalitionsfraktionen mit zusätzlichen Haushaltsmitteln unsere Absicht, und setzen damit ein deutliches Zukunftssignal für den Wirtschafts- und Industriestandort im Berliner Nordwesten, sehr geehrte Damen und Herren!

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Stadtentwicklungspolitik heißt aber nicht nur, die wirtschaftlichen Potenziale zu nutzen, sondern auch die kulturellen und die historischen Potenziale. Die Wiedererrichtung des Stadtschlusses – hier wurde, auch dank der

Unterstützung des Bundes, der Grundstein gelegt. Für die zukünftige Gestaltung der historischen Mitte verdreifachen wir insgesamt die Mittel und schaffen eine Verbindlichkeit für ein Dialogverfahren und den städtebaulichen Wettbewerb. Mit der Entwicklung der ehemaligen Stasi-zentrale in Lichtenberg zu einem „Campus für Demokratie“ wird eine Wunde aus der Vergangenheit geschlossen, aber gleichzeitig zur Erinnerung sichtbar bleiben.

[Beifall bei der CDU]

Bei der Neugestaltung der City West bewegt sich nicht nur baulich viel. Der Umzug der C/O-Galerie, die Erweiterung des Bauhaus-Archivs, das sind künftige kulturell wichtige Stützpfiler der City West. Und natürlich ist und bleibt es wichtig, die städtebauliche Entwicklung des Kulturforums anzugehen.

[Antje Kapek (GRÜNE): Macht ihr aber nicht!]

Hier haben Berlin und der Bund die einmalige Chance, eine gemeinsame Verantwortung wahrzunehmen und das Bestmögliche für diese zweite Museumsinsel im Herzen Berlins zu erreichen.

[Antje Kapek (GRÜNE): Bin gespannt!]

Berlin lebt von seinem Hauptstadtstatus, seiner Kultur und seiner Geschichte. Auch wenn Berlin im internationalen und nationalen Vergleich der Hauptstädte nicht teuer ist, steigen hier die Mieten. Dies drückt viele Berlinerinnen und Berliner. Dieser Entwicklung tritt die Koalition von SPD und CDU von Anfang ihres Bestehens an energisch entgegen. Berlin ist und bleibt eine Mieterstadt. Gerade hier ist die Wohnungspolitik Sozialpolitik, und genau deshalb ist das ein absoluter Schwerpunkt unseres Handelns.

[Beifall bei der CDU und der SPD – Zuruf von Oliver Höfinghoff (PIRATEN)]

Wir kümmern uns jetzt: Mehr Wohnungsneubau, schnellere Genehmigungsverfahren, konsequenter Mieterschutz – das ist der Dreiklang unserer Wohnungsbaupolitik. Wir nehmen unsere Verantwortung in den städtischen Unternehmen wahr. Wir haben ein Bündnis für Wohnen auf den Weg gebracht. Wir erhöhen die Bestände der landeseigenen Betriebe. – Doch, Frau Pop, wir setzen beim Wohnungsneubau nicht nur auf staatliche Verantwortung – wir haben auch hier im Parlament eine Beschlussfassung gehabt;

[Zuruf von Ramona Pop (GRÜNE)]

ohnehin bauen die Privaten am meisten im Moment –, nein, gerade wir als Union setzen auch auf Eigentumsbildung und auf private Investitionen im Wohnungsbau.

[Ramona Pop (GRÜNE): Die Union, aber nicht die Koalition!]

– Das spaltet aber nicht die Koalition. Lesen Sie unseren Beschluss nach! Das eine zu tun, heißt nicht, das andere zu lassen.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD – Zurufe von Ramona Pop (GRÜNE) und Antje Kapek (GRÜNE)]

Wir haben das Konzept beschlossen und stellen heute auch die Mittel zur Verfügung: 320 Millionen Euro für einen Wohnungsneubaufonds, der bei der IBB eingerichtet wird. Das ist ein Potenzial für 28 000 neue Wohnungen in der Stadt.

Und wir haben die Impulse gesetzt, dass schneller gebaut werden kann. Wir stärken die Bezirke beim Personal, wir loben Prämien aus. Nicht zuletzt haben wir uns auch konsequent um einen konsequenten Mieterschutz in der Stadt gekümmert. Also nochmals: Für uns ist entscheidend, dass in Zukunft ein ausreichendes Angebot an guten und bezahlbaren Mietwohnungen für breite Schichten, gerade auch für junge Familien und für die Rentner in der Stadt zur Verfügung steht.

[Ramona Pop (GRÜNE): Ist doch noch nichts passiert!]

Denn die Vielfalt unserer Kieze ist ein Charakteristikum unserer Stadt und in dem Sinne auch die verschiedenen Sozialstrukturen.

Unser Gesundheitssenator Czaja hat mit seiner Initiative für eine ausgewogene und gerechte Verteilung der niedergelassenen Haus- und Kinderärzte

[Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Hahaha!]

einen aus meiner Sicht wichtigen Schritt eingeleitet, Herr Dr. Albers,

[Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Können Sie den mal erläutern?]

und zwar für einen Ausgleich in der sozialen Infrastruktur. Ich finde es wichtig, dass in den Bezirken eine ausreichende Anzahl an Haus- und Kinderärzten da ist

[Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Und wie machen Sie das?]

und gerade dort Praxen eröffnet werden, wo sie auch dringend gebraucht werden. Das ist ein wichtiges Signal der gesundheitlichen Versorgung vor Ort. Was wir aber nicht brauchen, sind Experimente, die Versorgung der Bevölkerung mit Haschisch unter dem Deckmäntelchen gesundheitspolitischer Argumente wie im Görlitzer Park anzugehen. Das wird immer auf unseren Widerstand treffen.

[Beifall bei der CDU und der SPD – Zurufe von den PIRATEN]

Wir stehen vor allem für eine bürgernahe Politik. Kollege Saleh hat es gesagt: Diese Koalition hat das Anliegen des Volksentscheides Wasser verstanden. Wir haben für mehr Einfluss bei den Wasserbetrieben gesorgt. Wir haben vor allem aber das Bedürfnis nach sinkenden Preisen aufgenommen und Wort gehalten: Wir haben die Wasserpreise gesenkt. Sie von der Opposition müssen erklären, warum sie das den Berlinerinnen und Berlinern verweigert haben.

[Beifall bei der CDU und der SPD – Jawohl! von der SPD]

Und dann noch Ihre Mär, die Bezirke seien die Verlierer der Haushaltsberatungen – das ist nun wirklich falsch. Im Gegenteil, uns ist es wichtig, die Bezirke zu stärken. Wir stellen weiterhin 64 Millionen Euro für die Sanierung von Schulen und Sportstätten zur Verfügung. Wir schreiben das Schlaglochanierungsprogramm mit 25 Millionen Euro pro Jahr fort. Wir treiben mit 10 Millionen Euro die Sanierung der Kitas und Spielplätze voran. Wir stellen 2,5 Millionen Euro pro Jahr für die Musikschulen zur Verfügung. Wir, die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen, sind nicht Gegner, sondern Freunde der Bezirke. Und das ist auch Ausdruck unserer Politik.

[Beifall bei der CDU und der SPD – Zurufe von den GRÜNEN und den PIRATEN]

Bildung ist ein absoluter Schwerpunkt unserer Politik. Wir wollen, dass unsere Kinder von der Krippe bis zum Schulabschluss gleiche Chancen haben und entsprechend ihren Fähigkeiten gefordert und gefördert werden. Bildung bleibt nun einmal der Schlüssel zum Erfolg. Für mich sind Qualität und Vielfalt die entscheidenden Merkmale der Berliner Schullandschaft. Ausdruck dieser Vielfalt sind ausdrücklich auch die Schulen in freier Trägerschaft. Genau deshalb haben wir uns als Koalition auch dafür ausgesprochen, dass die Schulen in freier Trägerschaft mit dem neuen Schulgesetz, das der Senat bereits verabschiedet hat, auch weiterhin gefördert werden. Die freien Schulen waren, sind und bleiben eine Bereicherung für die Berliner Schullandschaft.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Schulsozialarbeiterstellen unangetastet bleiben und dass auch die Schulhelfer, die sich um die Betreuung von Kindern mit Behinderungen kümmern, finanziert werden. Das sind Familien, die es in unserer Gesellschaft sowieso am schwersten haben. Deshalb ist es genau richtig, dass wir die Schulhelfer in Zukunft finanzieren.

Das neue vom Senat ausgearbeitete Schulgesetz ist auch Ausdruck einer ideologiefreien Politik.

[Lachen bei den GRÜNEN und den PIRATEN]

Ich freue mich sehr, dass es konkrete Verbesserungen geben wird. Es wird bei der Sprachförderung von Kindern Verbesserungen geben und auch beim Übergang auf die Oberschule. Es wird eine Geschwisterkinderregelung geben. Der Wohnortfaktor wird berücksichtigt werden. Das ist ein gutes und richtiges Signal für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Mir ist wichtig, dass Berlin Vorreiter bei dieser Vereinbarkeit bleibt. Wir bauen deshalb den Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung aus, um bundesweit Spitzenreiter zu bleiben. Für den bedarfsgerechten Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten stellen wir insgesamt 18 Millionen Euro zur Verfügung. Wir kommen unserem Ziel, bis zum Ende der Legislaturperiode 19 000 zusätzliche Kitaplätze zu schaffen, näher. Ich bin davon überzeugt: Eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein wichtiger Standortvorteil für Berlin.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Frau Scheeres! Wir können als Berlinerinnen und Berliner stolz sein, dass wir den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz erfüllen. Wir werden auch weiterhin gemeinsam dafür werben, dass die Eltern ihre Kinder freiwillig in die Kita schicken. Es ist ein positives Beispiel, dass wir hier Vorreiter sind.

Die jüngsten Pressemeldungen über den Anstieg von Gewalt an Schulen haben uns alarmiert. Ein sicheres Lebens- und Lernumfeld sind Grundvoraussetzungen für die positive Entfaltung eines jeden Kindes. Wir wollen doch, dass gerade unsere Jüngsten in Sicherheit lernen können. Deshalb haben wir als Koalition ein Konzept beschlossen, gerade an Grundschulen die Sicherheit zu stärken, indem wir den Zutritt von fremden Personen verhindern. Ich bin froh, dass es erstmals ein Signal im Haushalt gibt, dass wir sogenannte Hausmeisterassistenten finanzieren. Schulen sollen nun mal Orte des Lernens und der Fürsorge und nicht der Angst und Gewalt sein.

[Beifall bei der CDU und der SPD – Zuruf von Stefanie Remlinger (GRÜNE)]

Natürlich gehört es für uns als Union zum Selbstverständnis, dass Sicherheit eine wesentliche Voraussetzung für die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger ist. Sicherheit und Ordnung sind eines der Kernanliegen unserer Koalition, und mit unserem Innensenator Frank Henkel setzen wir stark auf das Thema Prävention durch mehr Sichtbarkeit der Polizei auf der Straße. Es ist genau richtig, dass unter seiner Führung eine bessere Ausstattung der Polizei eingeleitet wurde: Mit dem letzten Haushalt 250 neue Polizisten,

[Zuruf von den GRÜNEN: Gelogen!]

mit diesem Haushalt 110 neue Ausbildungsplätze bei der Polizei, eine Verstärkung des LKA, und auch der Feuerwehr!

[Beifall bei der CDU – Zuruf von Oliver Höfinghoff (PIRATEN)]

Und es wird in der Legislaturperiode keine Einsparungen beim vollzugsnahen Dienst, beim Objektschutz geben.

[Stefanie Remlinger (GRÜNE): Sehr witzig!]

Das heißt konkret: Es können 71 neue Stellen sofort besetzt werden, und in den nächsten zwei Jahren werden 130 neue Objektschützer ausgebildet. Das ist eine massive Verbesserung für die Objektschützer vor Ort. Das entlastet vor allem die Vollzuspolizei, die dringend für andere Aufgaben in dieser Stadt gebraucht wird.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Natürlich haben die Bürger einen Anspruch auf körperliche Unversehrtheit auf jeder Straße, auf jedem Platz und an jedem Bahnhof in dieser Stadt. Und es entsetzt uns alle, wenn wir von solchen Fällen erfahren müssen wie dem vom 13. Oktober letzten Jahres, als Jonny K. Todesopfer einer Prügelattacke junger Männer wurde. Ich bin sehr froh, dass unser Innensenator daraufhin die notwendige Debatte über Werte und Gewalt in dieser Stadt angestoßen hat. Ich bin ihm sehr dankbar, denn nur die Vermittlung von Normen und Werten und ein respektvoller Umgang untereinander verhindern solche Gewalt. Ich danke ausdrücklich unserem Innensenator, dass er diesen gesamtgesellschaftlichen Wertedialog vorantreibt.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Wir unterstützen unseren Innensenator aber auch bei seinem Vorhaben, die rechtswidrige Situation am Oranienplatz zu beenden.

[Beifall bei der CDU]

Die Zustände dort sind weder aus humanitären Gründen noch asylrechtlich geboten. Wenn es so ist, dass eine Bezirksbürgermeisterin mit ihrem Handeln heillos überfordert ist, dann ist es genau richtig, dass der Innensenator und der Senat hier entschlossen handeln.

[Beifall bei der CDU – Zuruf von Oliver Höfinghoff (PIRATEN)]

Zur Sicherheit gehört natürlich auch der Bereich der Justiz, und unser Justizsenator Thomas Heilmann hat bereits wichtige Vorhaben im Bereich des Strafvollzuges umgesetzt. Wir stärken hier die Strafverfolgungsbehörden mit einer besseren Ausstattung, und wir versetzen sie so in die Lage, besser auf neue bzw. veränderte Kriminalitätsphänomene gerade in der organisierten Kriminalität, in der Internetkriminalität reagieren zu können. Das ist ein Durchbruch für die Staatsanwaltschaft, Herr Heilmann, dass Sie mit insgesamt 28 neuen Staatsanwaltschaften

inklusive Servicestellen hier eine Verstärkung für den Kampf gegen die organisierte Kriminalität in unserer Stadt erfahren.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Wir nehmen auch die großen Sorgen der kleinen Beamten ernst, gerade im Bereich der Justiz. Um einen attraktiven Dienst in der Berliner Justiz mit Entwicklungsmöglichkeiten anzubieten, wird ein Teil der Stellen der Justizwachtmeister im allgemeinen Vollzugsdienst angehoben werden. Das ist eine wichtige Perspektive gerade für die kleinen Beamten, die eine schwere Arbeit im Justizvollzug leisten.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Ich bin auch dankbar, dass der Justizsenator nicht nach-lässt, immer wieder auch die Belange der Opfer zu thematisieren. Die Opfer von Straftaten müssen in das Blickfeld der Gesellschaft geraten. Die Einrichtung einer Gewaltschutzambulanz zur Versorgung von Opfern häuslicher Gewalt ist ein wichtiges und richtiges Angebot in dieser Richtung.

[Beifall bei der CDU – Beifall von Raed Saleh (SPD) – Oliver Höfinghoff (PIRATEN): Warum habt ihr ihnen dann kein Geld gegeben?]

Abschließend: Die rot-schwarze Koalition hat in den zwei Jahren, die wir zusammen regieren, vieles zuverlässig auf den Weg gebracht. Wir bringen die Stadt wirtschaftlich voran. Wir haben die rote Laterne bei der Arbeitslosigkeit abgegeben. Wir bauen unsere Spitzenposition bei Wissenschaft, bei Forschung, bei Kunst, Kultur, Tourismus und Sport aus. Wir festigen die innere Sicherheit, und wir setzen mit diesem Haushalt die richtigen Schwerpunkte dafür. Meine Damen und Herren! Herr Regierender Bürgermeister! Ich freue mich auf die heutige Debatte und vor allem darüber, dass die Koalitionsfraktionen mit breiter Mehrheit diesen Haushalt beschließen werden. – Schönen Dank!

[Lang anhaltender Beifall bei der CDU und der SPD – Michael Schäfer (GRÜNE): Kein Wort zur Energiewende! – Christopher Lauer (PIRATEN): Das war jetzt aber ein Zwischenruf! – Weitere Zurufe von den PIRATEN]